

in der Beiratskommunikation für Kriegsinvalide.

solle sich auf jene Kriegsinvaliden erstrecken, welche in Niederösterreich heimatberechtigt oder daseibst mindestens sechs Monate ununterbrochen ansässig waren. Der Landes-Arbeitsnachweisstelle werde ein Kuratorium beigegeben, bestehend aus Vertretern der Landesbehörden und der Gemeinde Wien, den Vertretern der an der Beschäftigung von Invaliden interessierten Körperschaften und aus Fachleuten, die sich auf dem Gebiete der Beschäftigung von Invaliden betätigen. Die Aufgabe dieses Kuratoriums bestehe einerseits in der Anregung und Erörterung der verschiedensten Projekte der Kriegsinvalidenfürsorge, andererseits in der weitestgehenden Propaganda für die Anstellung von Kriegsinvaliden und der Sammlung von Arbeitsplätzen für dieselben. Diese letztere Aufgabe sei die unmittelbar dringendste, weil ihr praktisches Ergebnis die Landesstelle erst in die Lage versetzen werde, mit ihrer Arbeit zu beginnen.

Oberkurator Steiner, der Vorsitzende der neuen amtlichen Landesstelle, gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß es trotz gewiß vorhandener Schwierig-

keiten beim Zusammenschlusse aller beteiligten Kreise gelingen werde, die Frage der Wiedereinführung der Invaliden in das Erwerbsleben in allseits zufriedenstellender Weise zu lösen. Die vom Ministerium des Innern eingeleitete Aktion lasse den erhofften Erfolg erwarten, wenn auch künftig bei den Arbeiten der Landesstelle und des Kuratoriums, ebenso wie bei der Schaffung der Organisation das direkte Eingreifen herbeigeführt werden und ein von praktischen Gesichtspunkten getragenes Vorgehen Platz greife. Für die Landesstelle wäre die Portofreiheit sowie auch die Befreiung von Telephongebühren zu erwirken.

Der Delegierte des Zentralverbandes der Industriellen Kuffler erklärte es für erforderlich, zunächst die technische Grundlage für die Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide dadurch zu schaffen, daß unter Mitwirkung von Fachmännern ein Ueberblick über die Möglichkeit der Beschäftigung von Invaliden in den einzelnen Zweigen der Industrie gewonnen werde, da mit Hilfe der modernen Chirurgie, namentlich der Prothesen, eine weitgehende Anpassung der Invaliden an die verschiedensten Arbeitsmethoden erzielt werden kann. Die industriellen Korporationen seien, wie dies auch die übrigen Vertreter erklärten, bereit, in jeder Richtung mitzuwirken und sich voll und ganz in den Dienst dieser Sache zu stellen. In gleichem Sinne sprach sich auch der Vertreter der Hauptstelle industrieller Arbeitgeber Dr. Kaiser aus, der sich mit den aufgestellten Grundsätzen vollkommen einverstanden erklärte und es für eine wichtige Aufgabe der Landes-Arbeitsnachweisstelle hält, eine Erhebung über die zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze einerseits und der zu versorgenden Invaliden andererseits herzustellen.

Gesrat Dr. Schwindler teilte mit, daß der Reichsverband der Arbeitsvermittlungsanstalten bereits Vorarbeiten zu dieser Aufgabe durchgeführt habe, erörterte sodann die Fragen der Errichtung von Betriebswerkstätten für Kriegsinvalide und der Anstellung von Invaliden auf Rentengütern sowie die auf diesem Gebiete bereits bestehenden Ansätze.

Bürgermeister Dr. Weisskirchner erklärte die Bereitwilligkeit der Gemeinde zur Mitarbeit einerseits durch das Dienst- und Stellenvermittlungsgesamt, andererseits aber auch als Großunternehmerin. Er stellte zur Erörterung, ob sich die nun gegründete amtliche Landesstelle mit der technischen Vermittlung selbst befassen oder nur eine Ausgleichsstelle bilden solle, und verwies weiter darauf, daß die bedeutungsvollen Aufgaben, die der neuen amtlichen Organisation und dem Kuratorium erwachsen, mit Friedensschluß nicht beendet sein können, so daß es wohl zweckmäßig sei, bereits jetzt über diese Frage Klarheit zu gewinnen. Er lenkte bei diesem Anlasse die Aufmerksamkeit der Regierung auch auf das Problem der zentralisierten Arbeitsvermittlung überhaupt, das eine rechtzeitige Lösung erfordere, um den Strom der voll arbeitsfähig heimkehrenden Krieger ihren früheren Verufen wieder zuzuführen und ihre Existenz zu sichern. Zur Fürsorge für die Kriegsinvaliden befaßte sich die Gemeinde Wien mit der Frage der Kriegerheimstätten und beabsichtige die Herstellung von Wohnhäusern in Verbindung mit Werkstätten, deren Finanzierung in der Weise gedacht sei, daß der mäßig angelegte Preis dieser Heimstätten durch Abschlagszahlungen aus den Invalidentrenten gedeckt werden soll.

Regierungsrat Häusler stellte namens der Landwirtschaftsgesellschaft fest, daß die Landwirtschaft für die Beschäftigung von Kriegsinvaliden außerordentlich aufnahmefähig sei. Die Landwirtschaftsgesellschaft habe sich mit diesen Fragen schon beschäftigt, dem Großgrundbesitz die Anregung zur Beschäftigung von Invaliden gegeben und fasse jetzt die Errichtung von landwirtschaftlichen Invalidenschulen ins Auge. Die Landwirtschaftsgesellschaft sei zu jeder Mitarbeit gern bereit.

Landesausschuß Kunzschal versicherte die Bereitwilligkeit des Landesausschusses, die Bezirksarmenräte für die Mitwirkung bei der Invalidenbeschäftigung zur Verfügung zu stellen, und betonte, der Umstand, daß der Name der in jeder Richtung qualifizierten Stelle mit der Armenpflege in Verbindung stehe, dürfe nicht etwa den Glauben erwecken, daß in ihrer Betätigung auf dem Gebiete der Invalidenfürsorge Fragen der Armenpflege vorwalten werden. Die Anregung der Schaffung von Kriegerheimstätten sei um so mehr zu begrüßen, als die Kriegszeit auf dem Gebiete der Verpflegung des sündlichen Grundbesitzes ungünstige Folgen zeitige, was auch den Landesausschuß dazu veranlasse, in nächster Zeit 400 Invalide in die landwirtschaftlichen Schulen des Landes aufzunehmen. Auch Präsident Pöstl gab namens des Landeskulturates der Ueberzeugung Ausdruck, daß es gelingen werde, viele Kräfte in der Landwirtschaft unterzubringen, in welcher ja namentlich gegenwärtig Arbeitermangel herrsche.